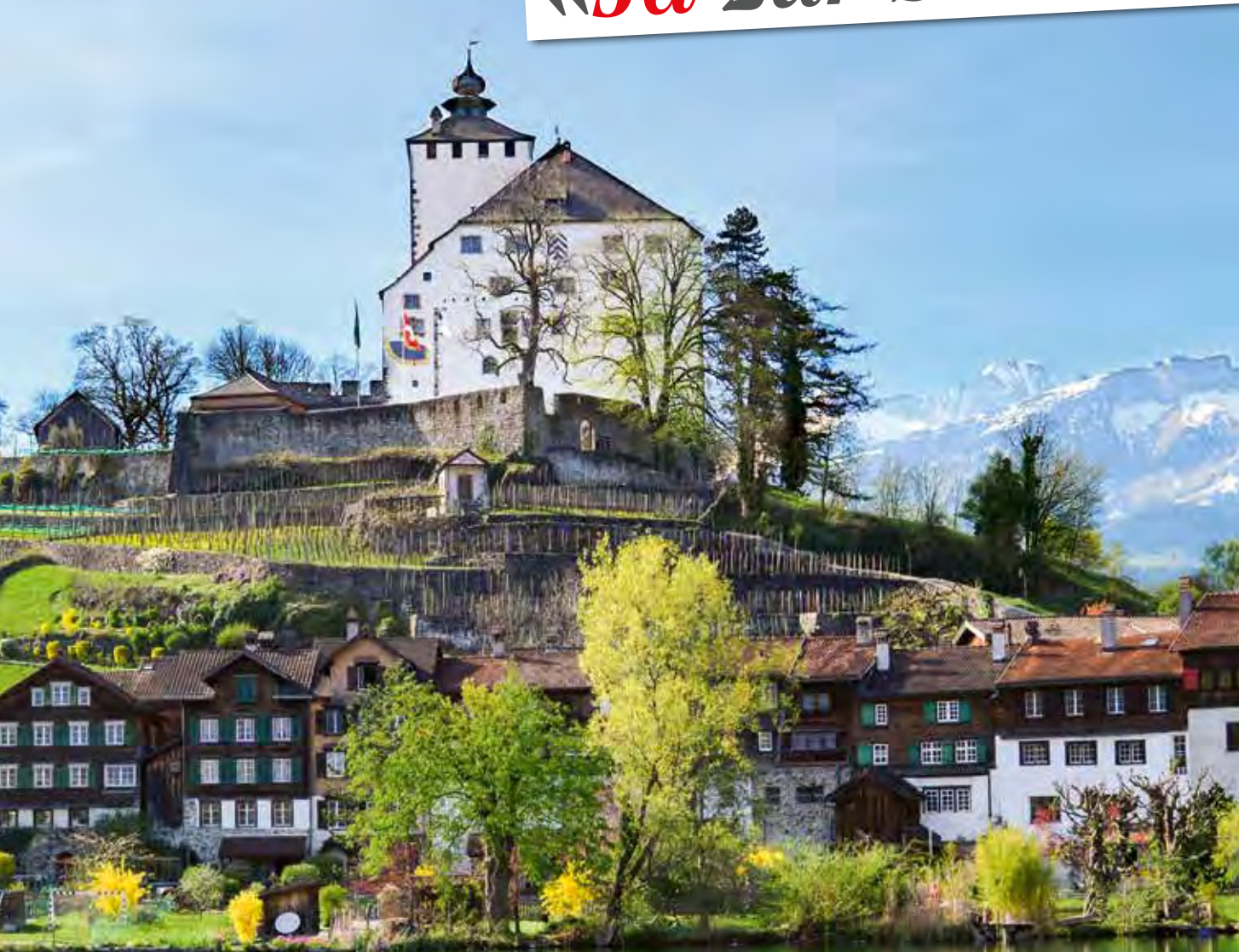


Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»



Der richtige Weg für die Schweiz

2

Jetzt «Schweizerzeit»-App nutzen!

10

Das Kartell

16



Franken-Aufwertung

Der richtige Weg für die Schweiz

von Thorsten Polleit, Währungsspezialist, Frankfurt am Main

Im September 2011 erklärte die Schweizerische Nationalbank (SNB), sie werde sich gegen eine Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro stemmen. Dazu verkündete die SNB einen Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro, den sie auch verteidigen wolle. Zu diesem Zweck kaufte sie Euro und bezahlte dafür mit neu geschaffenen Franken. Bis Januar 2015 schwoll dadurch die SNB-Bilanz um 176 Milliarden auf 558 Milliarden Franken an.



Dann sah man jedoch ein, dass diese Politik wohl ruiniös für die Schweiz sein werde und gab den Mindestkurs auf. Seither kauft die SNB zwar weiter Euro, sie lässt nun aber eine trendmässige Aufwertung des Frankens zu.

Im Februar 2020 lag der Euro bei 1,11 Franken, und die SNB war auf 998 Milliarden Franken und damit auf ungefähr 134 Prozent des Schweizer Bruttoinlandsproduktes angeschwollen. Die jahrelange «Aufwertungsbegrenzung» des Frankens auf 7,5 Prozent gegenüber dem Euro hat also eine SNB-Bilanzausweitung um 616 Mrd. Franken erfordert. Lässt sich diese Politik durchhalten? Die Frage steht spätestens im Raum, seitdem die Euro-Staaten im März 2020 ihr Regelwerk, das das Ausufern der Staatsschulden begrenzen sollte, auf unbestimmte Zeit ausgesetzt haben. Es steht jetzt den Euro-Staaten de facto frei, sich Hals über Kopf zu verschulden.

2020 nahmen die Euro-Staaten neue Schulden in Höhe von fast 980 Mrd. Euro auf. 2021 wird die Neuverschuldung fast 700 Mrd. Euro betragen. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird einen Grossteil davon wohl aufkaufen und dadurch neu geschaffene Euro in Umlauf bringen. Zudem ist sie eifrig dabei, die ausstehenden Euro-Staatsschulden zu monetarisieren. Von den Schulden in Höhe von gut 11'000 Mrd. Euro hat

sie aber erst etwa 2'400 Mrd. Euro erworben. Durch die Fortsetzung der EZB-Anleihekäufe in grossem Stil – und danach sieht es aus – wird die Euro-Geldmenge stärker anschwellen als ihr Schweizer Pendant.

Teuer für die Schweiz

Wenn die SNB den daraus resultierenden Aufwertungsdruck auf den Franken verlangsamen oder gar verhindern will, wird sie alle Register ziehen müssen: Sie muss noch mehr Euros kaufen oder die Schweizer Zinsen noch tiefer in den Negativbereich führen. Das aber käme die Schweizer teuer zu stehen. Negativzinsen verursachen Fehlentwicklungen wie Überkonsum und Fehlinvestitionen. Und die Vermehrung der Franken-Geldmenge treibt die Güterpreise in die Höhe – Konsumgüter, wie auch Bestandsgüterpreise in Form von Aktien, Häusern und Grundstücken – und verringert dadurch die Kaufkraft des Geldes.

Kompromissweg

Die SNB hat jedoch mit ihrer Entscheidung im Jahr 2015, den Mindestkurs zu aufzugeben, bereits einen «Kompromissweg» eingeschlagen: Der Franken darf zwar im Zeitablauf aufwerten, aber sein Aufwertungspfad wird von der SNB durch Devisenmarkt eingriffe gesteuert. Der Volkswirtschaft sollen dadurch harte Anpassungen zum Beispiel in der Export- und Tourismusindustrie erspart bleiben. Und dafür ist die SNB bereit, für eine gewisse Entwertung der Franken-Kaufkraft zu sorgen. Die Beeinflussung des Franken-Wechselkurses ist für die Schweizer also nicht kostenlos.

«Das aktuelle Zitat»

«Die Linke verbeisst sich derzeit in Debatten um Identitätspolitik, Privilegien durch Hautfarben, um das Durchsetzen von Gendersprache, Israelboykotts und ähnliche Dinge, die teils in peinlicher «Cancel Culture» gipfeln. Ausgerechnet jetzt! Es wird eines Tages rein gar nichts helfen – dann, wenn die Resultate desaströs sind – auf den Status einer migrantischen oder andern Minderheitsidentität zu pochen. Sonnenklar, dass das Identitätsmerkmal «erfolgreicher Berufs- oder Maturitätsabschluss» weitaus mehr Tore weit öffnen kann als der Hinweis auf die Zugehörigkeit zu irgendeiner Gruppe.»

Caroline Fetscher, Psychologin, im «Tagesspiegel» vom 27. Februar 2021

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Weniger Exporte in die EU

Es gibt allerdings gute Gründe, warum die Schweizer über eine Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro nicht allzu besorgt sein sollten. Der Schweizer Exportanteil in die Euro-Länder lag 2019 bei nur noch 34 Prozent der Gesamtexporte, 1990 waren es noch 52 Prozent gewesen. Zuletzt beliefen sich die Schweizer Importe aus dem Euroraum auf etwa 48 Prozent der Gesamtimporte. Zwar würden sich einige heimische Anbieter über eine Franken-Aufwertung, die Auslandsprodukte preislich vergünstigt, beklagen. Aber viele Schweizer Konsumenten, und das ist entscheidend, hätten Grund zur Freude.

Franken-Aufwertung bringt Wohlstand

Vor die Wahl gestellt, den Franken gegenüber dem Euro aufwerten zu lassen oder die heimische Inflation in die Höhe zu treiben, sind die Schweizer gut beraten, sich für Ersteres und gegen Letzteres zu entscheiden. Zumal der Franken seit den frühen siebziger Jahren gegenüber den Handelspartnerwährungen an Wert gewinnt – als Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und politischen Verlässlichkeit der Schweiz. Und mit der Franken-Aufwertung ging ein unübersehbarer Anstieg des Wohlstands der Schweizer einher: Die Schweiz hat das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen in der Welt.

LACHEN VERBOTEN!

hf. Am Spree-Ufer in der Nähe des Hauptbahnhofs Berlin hat sich ein Bettler positioniert. Ich gebe ihm zwei Euro und sage wegen des gerade einsetzenden Regens: «Nicht gerade angenehm bei diesem Wetter.» – «Ja, Ich mach' auch gleich Feierabend», erwidert er und beginnt mit Stil und Würde, seine Habseligkeiten zusammenzupacken.



Fragile Gemeinschaftswährung

Das sollte die Schweiz nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Vielmehr sollte man warnend darauf hinweisen, dass eine geldpolitische Orientierung am Euro immer selbstschädigender wird: Die Gemeinschaftswährung wird nur noch zusammengehalten, weil die EZB eine Politik verfolgt, die nahezu alle Regeln ungestraft bricht, die ursprünglich das Einheitsgeld vor politischem Missbrauch und Wertverfall bewahren sollten. Die Währungsgeschichte zeigt unmissverständlich: Wenn die Zentralbank die Staatsschulden aufkauft, dann nimmt es kein gutes Ende mit der Währung. Eine fortgesetzte Franken-Aufwertung ist daher der richtige Weg für die Schweiz.

Thorsten Polleit

Salade mixte à la KKS

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loizwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Schweizerdegen

*Tischlied am Jahresfest der Schweizerischen
Militärgesellschaft 1857*

*Heisst ein Haus zum Schweizerdegen,
Lustig muss die Herberg sein;
Denn die Trommel spricht den Segen,
Und der Wirt schenkt Roten ein!
Kommen die Gäste, schön' Wirtin, sie lacht,
Sie hat schon manchen zu Bette gebracht!*

*Ist kein Volk fast allerwegen,
Was da nicht schon eingekehrt,
Und der Wirt zum Schweizerdegen
Hat den Eintritt nie verwehrt,
Hat dann die blutige Zeche gemacht,
Dass die Frau Wirtin vor Freuden gelacht.*

*Zwei und zwanzig Schilde blitzen
Von dem Giebel weit zu Tal;
Zeug- und Bannerherren sitzen
Harrend in dem hohen Saal,
Lauschend, bis jauchzend die Mutter sie ruft
Und von den Schilden erklinget die Luft.*

*Und auf allen Weg' und Stegen
Steht es auf zu Berg und Tal;
Hört, es klingt der Schweizerdegen,
Hört, es singt der alte Stahl!
Tut ihm genug und erprobt ihn vereint!
Besser, das Mütterchen lacht, als es weint!*

*Wo in Ländern, schön gelegen,
Wo in altgetürmter Stadt
Schweizerherz und Schweizerdegen
Die gemeine Herrschaft hat,
Da ist die Mutter, so hold und so fein,
Lacht sie, so wird's Frau Helvetia sein!*

Gottfried Keller (1819–1890)

Mitte-Schleimer



Es gibt – ausser der schweizerischen – nirgends auf der Welt eine Verfassung, in der die Steuersätze in Prozenten festgeschrieben sind. Was bedeutet, dass einzig in der Schweiz das Volk das letzte Wort hat über die Höhe der Steuern. Was uns tiefere Steuern garantiert, als sie in anderen Ländern von der Classe politique allein festgelegt – in Wahrheit laufend erhöht – werden.

Wer Demokratie ernst nimmt, achtet darauf, dass das wirklich Wichtige genau – ob schön oder weniger schön – in der Verfassung verankert ist. Nicht bloss in Form wohlklingender, aber nicht unbedingt verbindlicher Grundsätze.

Im Pandemie-Ausnahmerecht taumelt der Bundesrat nunmehr seit Monaten von Panne zu Panne – von den fehlenden Masken bis zum Impf-Chaos. Eine Partei, die SVP, die für ihren Vorstoss sogar zwei Parlamentskommissionen zu gewinnen vermochte, wollte den für KMU-Betriebe längst tödlichen Lockdown, den seit Monaten anhaltenden Wirtschafts-Stillstand, beseitigen. Und setzte dafür ein verbindliches Datum. Solches sei, meinten die verdeckt agierenden Demokratie-Zersetzer, «unschön» – ein genaues Datum habe in einem Gesetz nichts verloren. «Die Mitte» sollte das dem Parlament klar machen. Wofür der BDP-Konkursit aus Glarus ans Rednerpult geschickt wurde: Man sei auch für Lockdown-Beendigung, aber nur «im Prinzip», verkündete dieser. Details – vor allem das Datum – solle der Bundesrat bestimmen.

Lobeshymnen wurden ihm zuteil – besonders von den grossen Medien, die vor dem Bundesrat gegenwärtig bekanntlich um Subventionen hecheln: Wer so wohlformuliert die Ästhetik von Gesetzen verteidige, auf den werde die Landesregierung gewiss hören, säu-selten alle SVP-Gegner.

Und was erreichte der «Mann der Mitte» mit seinem, angeblich staatsmännischen, tatsächlich völlig unverbindlichen Votum? Er erreichte nichts. Alain Berset schwadroniert weiter von dritter, vierter und weissnichtwievielter Welle. Und redet das von ihm zu verantwortende Impf-Chaos klein. Die Medien übersehen die Realität diskret – und der Lockdown geht weiter. Hunderte Gewerbebetriebe verenden. Die Zersetzung der Demokratie hält an. Das Kalkül des Mitte-Schleimers ist aufgegangen.

**Spalte
rechts**

Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

BEAUTIFUL FAST CARS

NEW JAGUAR F-PACE HARD TO FORGET



Der neue Jaguar F-PACE ist jetzt noch begehrenswerter – mit einem wunderschön neu gestalteten Exterieur und einem völlig neuen Premium-Interieur, das beispielhaft für den Luxus von Jaguar steht. Jede Fahrt wird zu einem echten Erlebnis – HARD TO FORGET.

Jetzt Probe fahren!



emilfrey.ch

Irrsinn im Asylwesen

Die Asylanten-Reichmacher

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Familie Osmani hat jahrelang von der Sozialhilfe gelebt. Sie hat nun 214'139 Franken auf dem Konto, bezahlt vom Steuerzahler.



Lelah Osmani (fingierter Name, wahres Beispiel) aus Afghanistan, reist mit ihren zwei Kindern am 5. Juli 2012 in die Schweiz ein und wird als Asylbewerberin in einer Thurgauer Gemeinde betreut. Die Osmanis sind wie 86,5 Prozent aller Asylbewerber von der Sozialhilfe abhängig, und so werden sie über die Jahre mit 433'130.41 Franken unterstützt. Im Mai 2020 erlässt die Gemeinde eine Verfügung, wonach die Osmanis Sozialhilfeschieden in diesem Umfang haben. Denn gemäss Asylgesetz sind die Sozialhilfekosten, soweit zumutbar, zurückzuerstatten.

647'269.41 Franken als «Einnahmen»

Osmani nimmt sich nun einen Anwalt – natürlich auf Kosten des Steuerzahlers – und rekurriert gegen den Entscheid. Die Gemeinde habe vom Bund sogenannte Globalpauschalen erhalten. Diese seien den Asylbewerbern im Umfang von 647'269.41 Franken als Einnahmen zu verbuchen. Im Gegensatz zu Schweizer Sozialhilfebezügern müsse sie die Unterstützungsbeiträge nicht zurückzahlen, meint sie. Was steckt dahinter? Um die immensen Sozialhilfekosten der Gemeinden im Asylbereich zu kaschieren, zahlt der Bund seit Jahren «Bundessubventionen» an die Kantone. Das Finanzierungssystem des Bundes belohnt jene Kantone finanziell, die Personen aus dem Asylbereich möglichst rasch in den Arbeitsmarkt integrieren.

Ein Depp, wer arbeiten geht

Die Gemeinden erhalten, unabhängig davon, ob eine Person des Asylbereichs arbeitet, den gleich hohen Staatsbeitrag. Die Höhe wird aufgrund der Gesamtsumme quartalsweise berechnet und pro Person (die dem Asylrecht untersteht) ausbezahlt. Der den Gemeinden ausgerichtete Betrag beträgt monatlich 1'000 bis 1'300 Franken. Die Gemeinden haben damit einen Anreiz, die Erwerbstätigkeit zu fördern, und für die Asylsuchenden ist eine Erwerbstätigkeit integrationsfördernd.

In dieses System der Asylkosten platzt nun im Kanton Thurgau ein Urteil des Verwaltungsgerichts vom 25. November 2020 zugunsten der erwähnten Familie Osmani. Gemäss dem Urteil müssen die an die Gemeinden weitergeleiteten Globalpauschalen dem individuellen, sozialhilferechtlichen «Klientenkonto» vollumfänglich als Einnahme gutgeschrieben werden, weil es keine gesetzliche Grundlage gebe, dies nicht zu tun.

Im Gegensatz zum hier ansässigen Büezer, der jeden Rappen an Sozialhilfe abstottern muss, wenn er in bessere Verhältnisse gelangt, werden also Flüchtlinge viel besser behandelt. So versteht man auch, dass die jungen Männer aus Eritrea den Büezer auslachen: Es ist ein Depp, wer noch arbeiten geht.

Dem Büezer vor die Füsse spucken

Die sozialhilfeabhängigen Asylbewerber werden also – zumindest im Thurgau – nicht nur vom Steuerzahler durchfinanziert. Der Arbeiter zahlt dem eritreischen Burschen, der ihm auf dem Bahnhof Weinfelden verächtlich vor die Füsse spuckt, gleich noch ein fettes Einkommen dazu. Der Familie Osmani, die jahrelang von der Sozialhilfe gelebt hat, muss somit die Differenz zwischen Globalpauschale und Sozialhilfekosten als fiktives Einkommen gutgeschrieben werden. Sie hat nun sage und schreibe 214'139 Franken auf ihrem «Klientenkonto». Und kann trotz angehäufter Schulden einen C-Ausweis erhalten und sogar eingebürgert werden. Jene Kantone, welche das noch nicht gemacht haben, sind gut beraten, diese Asylanten-Reichmacher-Regelung sofort zu ändern.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Im Dezember 2020 habe der CO₂-Ausstoss trotz Corona gleichen Umfang erreicht wie im von Corona unbelasteten Jahr zuvor. Das mag durchaus stimmen – obwohl der Autoverkehr (Home Office!) geringer war, die Züge viel weniger Passagiere (kürzere Züge!) befördert haben und tausende Büros leer blieben. Damit wurde im Dezember 2020 offensichtlich der Beweis dafür geliefert, dass der CO₂-Ausstoss keineswegs allein von der energieverbrauchenden menschlichen Mobilität beeinflusst wird.

*

Die Schweiz erlebe trotz Corona ein «Jobwunder», behaupten die, welche die Folgen der monatelangen Stilllegung zehntausender KMU-Betriebe herunterzuspielen suchen. Dass ein «Jobwunder» auch zustande kommt, wenn gewisse Grosskonzerne (Online-Giganten) und der Staat (Funktionäre) massiv ausbauen, obwohl einige tausend KMU-Betriebe durch die Stilllegungsmassnahmen buchstäblich zur Strecke gebracht werden, wollen die Verbreiter der «Jobwunder»-Erfolgsmeldung (Sonntagszeitung, 27.12.2020) nicht wahrhaben. Man könnte «Regie der Grosskonzerne» hinter der so einseitig-niederträchtigen Berichterstattung vermuten.

us

Leserbriefe

Diktatur Schweiz?

Die aktuelle Corona-Politik des Bundesrates weist zweifellos diktatorische Züge auf. Die oft absurden Entscheidungen sind für viele Leute nicht nachvollziehbar und werden deshalb nur noch als Machtdemonstration wahrgenommen. Laut Duden ist Diktatur ein «autoritärer Zwang, den eine Einzelperson, eine Gruppe oder Institution auf andere ausübt». Das ist gegenwärtig nicht abstreitbar – wie auch, dass die Handels- und Gewerbefreiheit massiv eingeschränkt ist. Zudem werden alte Menschen gegen ihren Willen in den Betreuungsstätten eingesperrt und mit Besuchsverboten eingeschränkt. Nichtgeimpfte könnten künftig sozial diskriminiert werden und sogar den Job verlieren. Egal, wie schlimm eine Krankheit sein kann: Die Massnahmen dürfen keine diktatorischen Züge annehmen, sonst endet dies für viele Leute im sozialen und wirtschaftlichen Desaster. Der Ökonom Thomas Sowell bringt es auf den Punkt: «Es gibt kaum etwas Dümmeres und Gefährlicheres, als wichtige Entscheidungen in die Hände von Leuten zu legen, die keinen Preis dafür bezahlen müssen, wenn sie sich geirrt haben.» Darum muss der Lockdown rasch gestoppt werden.

Christian Riesen, Wangen b. Olten SO

«Perspektivlosigkeit» für einmal positiv

Der Artikel «Marie-Antoinette regiert» von Isabel Villalon (SZ, 26.2.2021) beklagt die «Perspektivlosigkeit unserer Regierung», die sich unter anderem bei der mangelnden Digitalisierung der Schulen zeige, denn in den Klassenzimmern sei die Ansteckungsgefahr durch Viren besonders gross. Abgesehen davon, dass ich mehrere einschlägige Studien kenne, die bei Kindern und Jugendlichen eine hohe Immunität gegen SARS-Covid-2 und somit ein geringes Ansteckungsrisiko in Schulen feststellt, bin ich in diesem Fall auch aus einem weiteren Grund froh um diese «Perspektivlosigkeit»: Der Fernunterricht hat die Schwächen des digitalen Lernens klar aufgezeigt. So ist die Zufriedenheit der Schüler laut einer gross angelegten Umfrage von früher 95 auf alarmierende 53 Prozent gesunken, weil ihnen der «Kontakt zu den Kollegen sehr gefehlt» habe. Auch wurden v.a. schwächere Schüler beim digitalen Lernen massiv benachteiligt. Der Fernunterricht hat aufgezeigt, dass die persönlichen Kontakte zu den Lehrkräften und Mitschülern für einen erfolgreichen Unterricht unabdingbar sind und ihnen mehr Gewicht zukommt als einer eventuellen Ansteckung.

Eva Abt, Bellinzona

Bundesrat versus Demokratie

Es ist leider nicht das erste Mal, dass die sieben Hohen Frauen und Mannen zu Bern einen demokratischen Volksentscheid zu umgehen versuchen. Da entgegen ihrer Empfehlung das Verhüllungsverbot vom Volk angenommen worden ist, soll nun die Angelegenheit mit dem Ziel der Verwässerung auf die Kantone abgeschoben werden. Wie der sprichwörtliche Aal schlängelt sich

unsere Landesregierung wiederum um die Umsetzung des Volkswillens herum und drückt sich damit um ihre Pflicht. Frei nach dem Motto «Und also schliesst er messerscharf, dass nicht sein kann, was nicht sein darf» fällt sie der Mehrheit unseres Volkes in den Rücken. Mit einem infamen politisch linken Ränkespiel will man unsere Demokratie, unsere Freiheit, unsere Rechte und Entscheide einmal mehr pulverisieren.

Ernst A. Rubli, Ramsen SH

Die Kernkraft ist kein Auslaufmodell

Das International Panel on Climate Change (IPCC) geht davon aus, dass das Ziel von «netto null» CO₂-Ausstoss ohne Kernkraft nicht erreicht werden kann. In seinen Szenarien zur Begrenzung der globalen Erwärmung steigt der Anteil der Kernenergie. International lässt sich denn auch ein Ausbau der Kernenergie beobachten. Derzeit sind global 54 Kernkraftwerke im Bau. Allein zwölf davon in China und sieben in Indien. Projektiert sind 119 Anlagen, gut die Hälfte davon in China (42) und Indien (20). Diese Länder gehören global zu den grössten Emittenten von CO₂. Sie haben offenbar erkannt, dass eine spürbare Reduktion ihrer Emissionen nur über einen Ausbau der Kernenergie zu erreichen ist. Mit Solar- und Windenergie kann man die künftige Energieversorgung nicht sicherstellen. Auch die Schweiz braucht die Kernkraft.

Alex Schneider, Küttigen AG

Die Weltverbesserer

Sie treten an mit dem Anspruch, die Welt zu verbessern und sind dabei recht «kreativ». Das reicht vom Grünfärben der Limmat über rote Handabdrücke an Bankfassaden (Sachbeschädigung) bis hin zum Tennisspielen in einer CS-Filiale (Hausfriedensbruch). Aber nicht nur den Klimawandel haben sie im Visier, auch die Verstümmelung der Sprache (Gender) steht auf ihrer Liste. Die Welt lässt sich aber so nicht verbessern, weil die mit Penetranz und zum Teil Gewalt vorgetragenen Verurteilungen bei vielen Leuten einen Abwehrreflex auslösen. Wenn «die Welt» besser werden soll, muss jeder Mensch an sich selbst arbeiten, zum Beispiel, indem er sich einer Religion des Friedens und der Nächstenliebe zuwendet. Weltverbesserer hingegen wollen anderen Menschen ihre Sicht der Dinge und ihren eigenen Willen aufzuzwingen.

Hans Steffen, Eglisau ZH

Kinderrenten im Ausland der Kaufkraft anpassen

Gemäss einem Bundesgerichtsentscheid haben anerkannte Flüchtlinge, die eine IV-Rente beziehen, Anspruch auf Zusatzbeiträge für Kinder (Kinderrenten), auch wenn diese nicht in der Schweiz leben. In Burma verdient ein Arbeiter umgerechnet zwei bis drei Franken pro Tag. In meinem Betrieb habe ich eine Burmesin beschäftigt, die monatliche Kinderzulagen von 400 Franken für zwei Kinder bezog. Diese können sich auf unsere Kosten quasi mit der Sänfte tragen lassen. Unsere Parlamentarier müssen jetzt dringend handeln und die Renten der Kaufkraft des betreffenden Landes anpassen.

Walter Kerschbaumer, Zuzwil SG

300'000 Franken für drei Fahrzeuge



Rhetorische Grundsatzfrage: Wie definiert man den Begriff Privileg? Vielleicht so: «Etwas, das sich viele wünschen, das aber nur wenigen vergönnt ist!» Drei Bundeshaus-Magistraten bekennen derzeit wohl unbeabsichtigt und inmitten der Corona-Krise durch ihre vom Steuerzahler finanzierten Autokäufe, welchen Stellenwert sie Statussymbolen zumessen – unter Negierung dessen, was den besorgten Bürger bewegt.

Die Bundesräte Cassis und Berset erachten den jetzigen Zeitpunkt als goldrichtig, ihren Fuhrpark auf Kosten der Steuerzahler aufzurüsten. Berset orderte via VBS einen neuen Volvo V60 mit Hybridantrieb. Cassis, bekennender Autofan, liebt es einen Tick exklusiver – ein «BMW 745 Le» musste her zum stolzen Preis von 128'000 Franken. Das weiss man, seit Bundeskanzler Walter Thurnherr sich dasselbe hochpreisige Luxusgefährt zugelegt hat.

Alle drei Magistraten wurden von mir schriftlich angefragt, ob angesichts der Pandemie der Zeitpunkt der automobilen Luxuseinkäufe gut gewählt sei. Es antwortete schriftlich aus dem Bundeshaus Lorenz Frischknecht, stv. Chef Kommunikation VBS: «Jedem Bundesrat sowie

dem Bundeskanzler wird ein Repräsentationsfahrzeug mit Chauffeur zur Verfügung gestellt. Diese Fahrzeuge werden nach fünf Jahren ersetzt und zu anderen Zwecken genutzt. Auch können die Magistratspersonen ein Dienstfahrzeug für den persönlichen Gebrauch wählen, dabei sind sie in Marke und Ausführung frei. Die Preislimite liegt bei etwa 100'000 Franken. Seit 2021 gelten die neuen Weisungen des VBS, wonach die Verwaltungsfahrzeuge grundsätzlich rein elektrisch zu beschaffen sind.»

Darum focht man sich allerdings die hohen Herren wohlweislich, was VBS-Chefin Viola Amherd kaum zur Freude gereichen wird, hatte sie doch die Weisung erteilt, dass für die gesamte (!) Bundesverwaltung nur noch elektrisch betriebene Fahrzeuge zugelassen seien.

Blick zurück im Unmut: Erst fehlten die Schutzmasken, und die Desinfektionsmittel waren rationiert. Nun fehlt es am Impfstoff, an koordinierter Corona-Strategie und der Einsicht, dass man KMU-Unternehmen in den Ruin treibt. Grenzenlos präsent ist jedoch die Bereitschaft zu einer Prioritätensetzung, die die Anschaffung sündhaft teurer Staatskarossen für prestigegetriebene Magistraten allzeit gewährleistet.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



Vins Précieux

H. J. Lenn S.A.

CH-8703 ERLNBACH

www.vinsprecieux.ch

044 910 41 61

seit 40 Jahren



Herausragende Weine

Exzellente
Grand Cru Champagner
zu vernünftigen Preisen

Auserlesene
rote und weisse
Burgunder Weine

Erstaunliche Weine
vom Kap der
Guten Hoffnung

Jetzt die neue «Schweizerzeit»-App nutzen

Das «Schweizerzeit»-Magazin kann neu bequem mit einer App auf dem Smartphone oder Tablet gelesen werden. Wir zeigen Ihnen, was die neue App bietet und wie Sie diese nutzen können. Zugang zur App erhalten sämtliche Abonnenten der «Schweizerzeit». Neu erhalten Sie direkt in der App eine Nachricht, wenn eine neue Ausgabe der «Schweizerzeit» vorliegt.



Die Lesegewohnheiten verändern sich rasant. Auch Leser des «Schweizerzeit»-Magazins haben den Wunsch geäußert, die «Schweizerzeit» künftig papierlos und jederzeit unabhängig lesen zu können. Dies ist per sofort möglich. Die App

ist im Google Play Store und im Apple App Store verfügbar. Wir zeigen Ihnen detailliert, wie Sie die App installieren und auf die Ausgaben der «Schweizerzeit» zugreifen können.

Weiterhin möglich: E-Paper Ausgabe

Weiterhin ist es möglich, sich unter epaper.schweizerzeit.ch einzuloggen und dort die aktuelle «Schweizerzeit» herunterzuladen und anzuschauen. Ganz ohne App. Hier haben Sie auch die Möglichkeit, auf das **gesamte Archiv der «Schweizerzeit»** zuzugreifen, bis zurück ins Jahr 2012.

Fall 1: Sie haben bereits einen Login für das E-Paper

Wenn Sie bereits einen Login für die E-Paper-Version der «Schweizerzeit» haben, können Sie künftig dasselbe Login auch für die App verwenden. Damit das funktioniert, müssen Sie sich jedoch einmal unter epaper.schweizerzeit.ch einloggen und **das Passwort neu setzen**. Klicken Sie dazu auf «Passwort ändern» und geben Sie Ihr Passwort ein.



Sie können auch dasselbe Passwort erneut setzen. Anschließend können Sie diese Login-Daten auch für die App benutzen.



Fall 2: Sie haben noch keinen Login, sind aber Abonnent

Wenn Sie Abonnent sind, aber bisher nicht das E-Paper verwendet haben, können Sie unter epaper.schweizerzeit.ch auf «Abo bestellen» klicken und da einen Login beantragen. Sie erhalten innert 24 Stunden ein Bestätigungsmail mit den Zugangsdaten.



Wie Sie die App installieren

Suchen Sie im App-Store nach «Schweizerzeit» und installieren Sie diese oder klicken Sie auf den Link unter epaper.schweizerzeit.ch.



In der App einloggen

Wenn Sie die App starten, finden Sie unten ein Menü. Klicken Sie auf «Menü» und dann «Anmelden». Geben Sie Benutzernamen und Passwort ein. Achtung: Verwenden Sie den Benutzernamen. Einloggen mit der E-Mail-Adresse funktioniert nicht. Wenn Sie das Passwort gesetzt haben bzw. wenn es gesetzt wurde, haben wir Ihnen ein E-Mail mit Ihrem Benutzernamen geschickt.



Magazine lesen

Wenn Sie auf eine Ausgabe der «Schweizerzeit» klicken, können Sie, sofern Sie erfolgreich eingeloggt sind, durch die Ausgabe blättern. Wenn Sie auf das rote «X» links oben drücken, kommen Sie wieder zurück zur Übersicht mit allen Ausgaben.

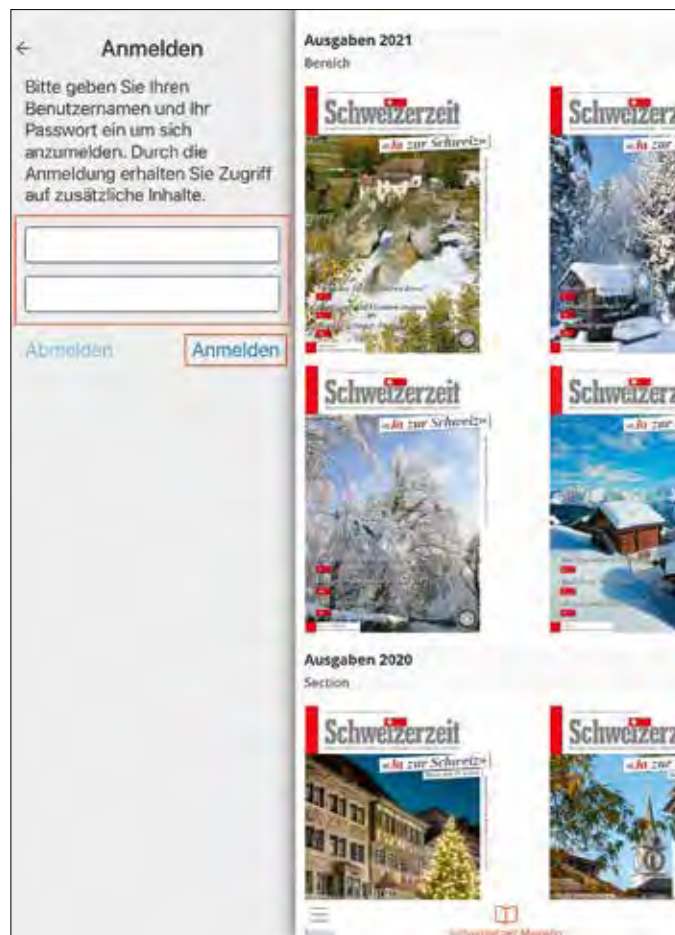


Fragen und Support

Sollten Sie Fragen oder Schwierigkeiten bei der Einrichtung haben, können Sie sich gerne an uns wenden: Per E-Mail «info@schweizerzeit.ch» oder telefonisch 052 301 31 00. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Aufgrund der Verlängerungen der Corona-Massnahmen haben wir die Aktion «Abonnenten werben Abonnenten» um einen Monat, bis am 30. April 2021, verlängert.

► Bitte beachten Sie den Einleger in der Mitte dieser Ausgabe.



Frau Merkel und Co.

«Globale Neuordnung»

von Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat, Wettswil am Albis ZH

Wie schon oft bei globalen Krisen der Vergangenheit glauben Politiker auch anlässlich der Corona-Pandemie, medienwirksam eine «globale Neuordnung» verkünden zu müssen. Dazu gehört insbesondere auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die grossmündig predigte, dass «die Welt nach Corona eine andere sein wird».



Die Corona-Pandemie bietet nach Meinung der Kanzlerin die einmalige Chance für eine «Neuordnung der Weltpolitik». Sie tut so, als ob diese Meinung vom deutschen Volk getragen und gewünscht sei. Durch effiziente Zusammenarbeit, Solidarität und Koordination soll wieder ein Konsens für eine internationale Ordnung erzielt werden.

Der Medienbeitrag der Kanzlerin wurde auch von Frankreichs Präsident Macron und Senegals Staatschef Macky Sall unterschrieben. Dazu gesellten sich Uno-Generalsekretär Antonio Guterres, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel. Die Politik will offensichtlich über die Köpfe ihrer Bevölkerung hinweg wieder einmal eigene Pläne und Visionen verfolgen – weder demokratisch abgestützt noch von der breiten Bevölkerung gewünscht.

Integrativer Multikulturalismus

Statt Kulturen und Werte gegeneinander auszuspielen, müssten wir einen «integrativeren Multilateralismus» aufbauen. Da muss man sich fragen, ob die Werte gänzlich aufgegeben oder simpel jene der Mehrheit übernommen werden sollen. Auch müssten gemäss Merkel und Co. Lehren für andere Probleme gezogen werden – für den Kampf gegen den Hunger, gegen extreme Armut, Umweltzerstörung, Krankheiten, wirtschaftliche Erschütterungen und Konflikte. Merkel und Co. fordern zudem einen stärkeren Einsatz für Demokratie, Bildung und Gleichberechtigung sowie gegen Nationalismus und Protektionismus.

Wenn man sich die undemokratischen Strukturen der EU in Erinnerung ruft, die nicht einmal die simpelste Gewaltentrennung als Grundvoraussetzung für jede Demokratie beachtet, und das nationalistische Verhalten in der Corona-Krise oder den Ausschluss Russlands von den G-7 Meetings, dann erkennt man rasch, dass die «Weltführung» wieder einmal glaubt, mit hohlen Worten ihr Versagen überdecken zu können: Der Schutz der Umwelt, der Gesundheit und soziale Standards müssten im Zentrum der wirtschaftlichen Modelle stehen und gleichzeitig die nötigen Innovationen

ermöglichen. Der Aufschwung müsse jeden erreichen, und die Unterstützung für Entwicklungsländer, insbesondere von Afrika, müsse verstärkt werden.

Nächste globale Umverteilung?

Einmal mehr ist man nicht bereit, das bisher geleistete an Entwicklungshilfe zu überprüfen und ihre Wirksamkeit in Frage zu stellen. Was an diesen Visionen neu sein soll und worin die angekündigte neue globale Weltordnung bestehen soll, wird nicht dargelegt. Vielmehr muss man sich fragen, ob hier nicht lediglich die nächste globale Umverteilung vorbereitet wird.

Dass solche staatliche PR-Aktionen, selbstverständlich mit Steuergeldern finanziert, nichts als leere Worthülsen sind, wurde schon wenige Tage nach der Sonntagspredigt in der Praxis sichtbar. In Absprache mit der Brüsseler Zentrale hat Italien den Export von 250'000 Astra/Zeneca-Impfdosen nach Australien verboten. Als Begründung wurde aufgeführt, dass die EU statt der versprochenen 100 Mio. Dosen bisher nur 40 Mio. erhalten habe. Italien selbst hat bis zum 2. März 2021 erst 4,6 Mio. Impfungen verabreicht. Dass die EU bisher 2'300 Mio. Impfdosen für 446 Mio. Einwohner bestellt hat, und damit mehr als das Doppelte als benötigt, scheint ein weiterer Akt der «Solidarität» zu sein. Das Ausfuhrverbot gilt übrigens auch für die ärmsten der armen Länder und Afrika.

Hans Kaufmann



(aus welt.de)

Der Bürger hat das Recht, die Tatsachen über Täter zu erfahren

Zürich hat klare Verhältnisse geschaffen

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Richard Wolff, Zürcher Stadtrat der Alternativen Liste, hat während seiner Zeit als Vorsteher des Sicherheitsdepartements der Pressestelle seiner Polizei verboten, in Medienmitteilungen die Nationalität von Tatverdächtigen zu nennen.



Nachdem Wolff von der Polizei zum Stadtzürcher Tiefbau- und Entsorgungsdepartement gewechselt hatte, übernahm die Grüne Karin Rykart die Leitung des Sicherheitsdepartements und verpasste es, den Wolffschen Dunkelkammer-Befehl aufzuheben. Dies hat nun glücklicherweise am vergangenen Abstimmungswochenende der Zürcher Souverän nachgeholt. Die Polizei soll nun künftig bei Medieninformationen die Herkunft der Täter und Tatverdächtigen nennen.

Die Polizei soll nun künftig bei Medieninformationen die Herkunft der Täter und Tatverdächtigen nennen.

Nein zur Verharmlosung der Ausländerkriminalität

Die links-grüne Ideologie, welche hinter dem Verbot stand, war immer durchschaubar, versuchen doch gewisse Kreise mit allen nur erdenklichen Mitteln, die Ausländerkriminalität zu verharmlosen. Offenbar haben gewisse Politikerinnen und Politiker in dieser Sache stark nach Deutschland geschickt, wo die Political correctness auch bei der Nennung von Nationalitäten in Polizeimeldungen sonderbare Blüten treibt. Dabei wird hüben wie drüben davon ausgegangen, dass sich der Bürger für dumm verkaufen lässt.

Als im deutschen Sinsheim Ende Februar ein 14-Jähriger einen 13-Jährigen wegen einer Eifersuchts-geschichte um ein 12-jähriges Mädchen mit einem Messer erstach, hat die Polizei keine Angaben zur Herkunft des Täters gemacht. In den Medien hat aber die Polizei-Pressestelle darauf hingewiesen, dass die Familie des Tatverdächtigen an einem geheimen Ort unter Polizeischutz gestellt werden musste. Dies weil die akute Gefahr bestand, dass Familienangehörige des Opfers Rache an Familienmitgliedern des Täters nehmen könnten.

Nach dieser erhellenden Zusatzmeldung dürfte für alle klar sein, dass es bei dieser Auseinandersetzung nicht um Familien aus dem Schwäbischen oder dem Bayerischen Wald ging. Auch hier nochmals: Für wie dumm halten eigentlich gewisse politische Parteien ihre Landsleute?! In diesem Zusammenhang sei auch auf die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2019 hingewiesen (Zahlen für 2020 wurden noch nicht publiziert), wo ausgewiesen wird, dass 51 Prozent sämtlicher Verstösse

gegen das Strafgesetz von Ausländern und somit 49 Prozent von Schweizern begangen werden.

Falsche Argumentation

Wer jetzt argumentiert, dass die ständige ausländische Wohnbevölkerung nicht krimineller ist als die schweizerische, liegt falsch. Die landesweite Bevölkerung setzt sich zusammen aus 74,9 Prozent Schweizerbürgern und 25,1 Prozent ständiger ausländischer Wohnbevölkerung. Die Schweizer machen somit Dreiviertel der hiesigen Wohnbevölkerung aus und kommen für 49 Prozent aller Straftaten in Frage – und das eine Viertel an ständiger ausländischer Wohnbevölkerung ist ursächlich für 51 Prozent aller Verstösse gegen das Strafgesetzbuch.

Man hat entweder Mühe mit dem Dreisatzrechnen oder ist ideologisch dermassen verblendet, um nicht zu realisieren, dass auch die in unserem Lande lebenden Ausländer eine höhere Deliktsintensität haben. Rechnet man schliesslich noch die reisenden Täter aus dem Ausland und jene mit Asylstatus dazu, dann hat der Bürger das Recht, diese Tatsachen zu erfahren.

Vertrauen in die Polizeidienststellen

Und noch etwas zur Frage von Schweizern mit Migrationshintergrund. Hier sollte man den Polizeimedienstellen mehr Vertrauen entgegenbringen. Ich selbst habe über 15 Jahre die Medienstelle der Basler Kriminalpolizei und der Basler Staatsanwaltschaft (eine Behörde nach Basler Modell) geleitet. Ab und zu habe ich auf den Migrationshintergrund eines Tatverdächtigen hingewiesen, falls aus Verständnisgründen nötig.

Als Beispiel sei ein Fall erwähnt, bei dem sich zwei türkische Familien spinnefeind waren, sich regelmässig bekämpften und wo auch schon mal aufeinander geschossen wurde. Bei einem solchen Ereignis wurde ein Familienmitglied von mehreren Tätern der gegnerischen Familie zusammengeschlagen und angeschossen. Das Opfer hatte türkischen Migrationshintergrund, in der Zwischenzeit jedoch das Schweizer Bürgerrecht erlangt. Die «korrekte» Pressemeldung hätte somit lauten müssen, dass ein Schweizer von mehreren Türken angegriffen und niedergeschossen worden sei. Diese Information wäre korrekt, aber in keinem Fall richtig gewesen und hätte den wahren Sachverhalt nicht widergegeben.

Markus Melzl

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Bürgerrecht

Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadtzürcher Exekutive ihrem Missfallen über das gesetzliche Verfahren zur Einbürgerung Ausdruck verleiht: 2017 verschickte die Stadtpräsidentin 40'000 Briefe an in der Stadt Zürich wohnhafte Ausländer. Sie forderte diese auf, ihr Einbürgerungsbegehren zu stellen, bevor am 1. Januar 2018 das revidierte Bürgerrechtsgesetz in Kraft treten würde. Die eidgenössischen Räte hatten mit der Revision die Hürden zur Einbürgerung erhöht. Nun also folgt das nächste politisch motivierte Buebetrickli: Jungen Ausländerinnen und Ausländern soll für die Einbürgerung in der Stadt Zürich die Gebühr von 250 Franken erlassen werden.

(SVP Stadt Zürich, 10.03.2021)

Geschichte

Die Vergangenheit ist wie ein offenes Buch, aus dem man eine Menge lernen könnte. Vorausgesetzt, man macht sich die Mühe, darin zu lesen. Das Verhalten vieler Staaten in der Coronakrise ist daran gemessen in hohem Masse geschichtsblind. Da werden immense Schulden gemacht, die Regierungen greifen massiv regulierend ein, eine Entwertung der Währungen wird in Kauf genommen.

Das wäre alles noch entschuldbar, stünde eine Regierung zum allerersten Mal in der Weltgeschichte vor einer vergleichbaren Entscheidung. Tatsache ist aber: Beispiele aus dem alten China, dem weströmischen Reich, dem Stadtstaat Venedig und andere historische Präzedenzfälle zeigen, dass das genaue Gegenteil der jetzigen Politik helfen würde, den Wohlstand langfristig zu sichern.

(Sicherheitspolitische Wochenschau, Fricktalische Offiziersgesellschaft, 27.02.2021)

Vater

Würde in der Schweiz die Ehe für alle eingeführt, verschwände der Begriff Vater aus Artikel 252 des Schweizer Zivilgesetzbuches. Väter müssten ihren Platz im mit «Die Entstehung des Kindesverhältnisses im Allgemeinen» überschriebenen Artikel räumen und Kinder erhielten neben der Mutter einen «zweiten Elternteil», dessen Geschlecht nicht definiert würde.

Wurde im Abstimmungskampf zum Vaterschaftsurlaub die Bedeutung der Väter für das Wohlergehen von Kindern betont, werden diese bei der Eheöffnung inklusive Zugang zur Samenspende nun zum ersetzbaren Subjekt erklärt.

(Zukunft CH, März 2021)

Enteignung

Köppel hat recht: Es geht nicht länger an, dass die Regierung Menschen in Anbetracht dieser Nichtnotlage von ihren Betrieben aussperrt und mit einem Berufsverbot versieht. Faktisch ist es eine illegale Enteignung, denn der Fluss der Hilfgeld- und Härtefall-Zahlungen ist bestenfalls ein bescheidenes Rinnsal, ein Tröpfeln auf sehr heisse existentielle Steine. Zudem: Weder in Restaurants noch in Fitness- und Sportvereinen, noch im Detailhandel noch in Kulturstätten ist es bisher zu wirklich signifikanten Ansteckungen gekommen. Trotzdem sind alle diese Institutionen seit Monaten still gelegt. Das muss ein Ende haben. Und siehe da: Kaum hat Köppel ausgerufen, denkt Allein (leider nicht ganz allein) Berset über Lockerungen nach... Alle Macht dem Souverän!

(Marco Caimi, Newsletter 8/2021, 13.02.2021)

Alain Berset

Alain Berset ist der Kennedy der Eidgenossenschaft. Mit 31 Ständerat der Sozialdemokraten in seinem Heimatkanton Freiburg, mit 33 Vize-Fraktionschef seiner Partei, mit 39 Bundesrat.

Seit einem Jahr ist Berset der Corona-General des Landes. Jetzt wird deutlich: Der wichtigste Mann in der Regierung der Alpenrepublik agiert ohne Konzept und Plan.

Die Folge: Die Schweiz droht vieles zu verlieren, was sie über Jahrzehnte gross gemacht hat. Statt Substanz Schulden, statt Wohlstand Arbeitslosigkeit, statt KMUs Onlinefirmen aus dem Ausland.

Wenn Büros und Läden verwaisen und eine Immobilienkrise ausbricht, diese gar auf die privaten Häuser überschwappt: Dann droht der Crash.

Für Berset scheint das alles nicht so wichtig. Offenbar weiss er nicht mehr, was er tut.

(Lukas Hässig, Inside Paradeplatz, 15.02.2021)

«Das aktuelle Zitat»

«Auch im fünften Monat des zweiten Lockdowns gibt es in der Schweiz weder eine nachvollziehbare Teststrategie noch substanzielle Fortschritte bei der Immunisierung der Bevölkerung. Die führende Industriegesellschaft Europas bekämpft die Pandemie weiterhin vorwiegend mit den Methoden des Mittelalters: Menschen werden in Angst gehalten und weggesperrt.»

Christoph Prantner, Journalist, in der «NZZ» vom 1. März 2021

Linke missbrauchen Pandemie für Staatsumbau



Das Impfdosenbeschaffungs-Versagen von Bundesrat Berset führt dazu, dass sich die Schweiz noch immer in einem Teil-Lockdown befindet und ganzen Branchen das Arbeiten verboten wird. Berset, ganz Sozialdemokrat, fährt lieber mit den primitivsten Mitteln der Pandemiebekämpfung die Wirtschaft an die Wand, statt dort zu investieren, wo es sinnvoll wäre. Konsequenz dieses Versagens sind milliardenschwere Hilfspakete. Diese Hilfspakete werden in den Kantonen noch ergänzt. Zweifelsohne gibt es dabei auch pragmatische Lösungen, wie im Kanton Basel-Stadt, welcher ein auf Freiwilligkeit basierendes Mietpaket zwischen Mietern, Vermietern und dem Kanton beschlossen hat. Das hilft u.a. Gastrobetrieben oder Buchhändlern, die Fixkosten zu minimieren.

Doch leider werden nun durch die Hintertür abgelehnte Volksbegehren umgesetzt. Als Vorwand dient dazu die Corona-Pandemie. So haben die Kantone Zürich und Basel-Stadt ein Grundeinkommen für notleidende Künstler beschlossen. In Zürich erhalten Künstler neu 3'840 Franken (!) pro Monat, ohne ihre Einbussen detailliert nachweisen zu müssen. Sicher sind Kulturschaffende in dieser Krise stark betroffen. Jedoch gibt es auch andere Branchen, die stark leiden. Eine Branche nun rasch mit Geld zu versorgen und andere Bereiche auszuklammern, ist ungerrecht und egoistisch. Während die Eventbranche mit einem Berufsverbot belegt wurde, ist das Ausüben künstlerischer Tätigkeiten nicht verboten worden.

Es ist wohl kein Zufall, dass SP-Regierungsrätin Fehr in Zürich und ihr SP-Kollege Jans in Basel ausgerechnet dieser Branche helfen wollen: Links-alternative Klientelpolitik eben – denn bald sind wieder Wahlen.

Die Schweizer Stimmbevölkerung will nicht, dass Personen ohne Nachweis einer konkreten Leistung Gelder

zugesprochen erhalten. Das Modell der sozialen Hängematte ist unschweizerisch. Es ist gefährlich, wenn nun durch die Hintertür Modelle eingeführt werden, die dann nach der Pandemie vielleicht nicht mehr verschwinden werden. Nach der Pandemie wird es die grosse Aufgabe der Parlamente sein, dafür zu sorgen, dass linke Utopien nicht zum Standard werden – die gefährliche Saat wird bereits gesät. Die Bürgerlichen müssen sich mit allen Kräften dagegen wehren.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt



Das Büro Ha deckt auf!



Demnächst wird ein Handbuch für genderneutrale Begriffe erscheinen. Dieses soll von «Lehrenden» an Hochschulen (also Professoren) bei ihrer Lehrtätigkeit angewendet werden. Oder sollen wir schreiben «Leer-Tätigkeiten»? Die Weisungen der Bundesverwaltung bestehen schon. Beispiel des universitären Schwachsinn: Die Begriffe «Mutter» oder «Vater» müssen durch geschlechtsneutrale Begriffe ersetzt werden. In diesem Beispiel heisst das (neu) «austragendes Elternteil» bzw. «nicht-gebärendes Elternteil». Allenfalls noch gestattet ist «die Elter». «Muttermilch» beim Stillen darf nur noch «menschliche Milch» oder (kein Druckfehler!) «Eltermilch» genannt werden. Anstelle «Busen» darf nur noch «Brust» verwendet werden. Begriffe dafür im Soldatenjargon gelten gar als rassistisch und sexistisch. Wir hätten da einen weit hirnlöseren Ausdruck für die Sprach-Veganer: «Körperoberteil».

Und jetzt der absolute Hammer: Die «Mitarbeitenden» der Uni sind aufgefordert, sich selbst sofort zu korrigieren, wenn sie falsche Begriffe verwenden. Auch das kennen wir: Die Gehirnwäsche der Steinzeit-Kommunisten in den Umerziehungslagern.

Tis Hagmann

100 Jahre
S+ samariter

Samaritervereinigung Bern
www.bernarsamariter.ch



Helfen ist keine Altersfrage!

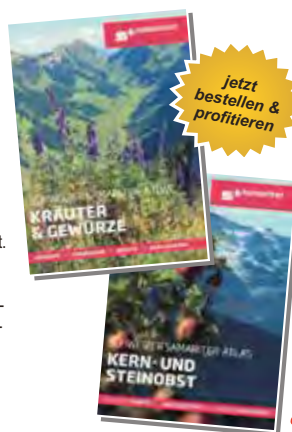
Ein Notfall kann jederzeit und überall auftreten – am Arbeitsplatz, auf der Strasse, in der Freizeit. In unseren Kursen lernen Sie die lebensrettenden Massnahmen sicher anzuwenden. Damit im Notfall jeder Handgriff sitzt.

Unterstützen Sie die Samariter!

Ihr Beitrag ermöglicht es uns, Erste Hilfe im Alltag sicherzustellen und das Wissen um lebensrettende Erste Hilfe-Massnahmen weiterzugeben.

Danke für Ihre Spende!

Samaritervereinigung Bern, PC 30-4146-7
IBAN CH62 0900 0000 3000 4146 7



Ich bestelle folgende Samariter-Atlanten mit zahlreichen Rezepten, Ausflugstipps und lehrreichen Informationen (Umfang: je 74 Seiten; Preis: 10 Franken pro Exemplar)

_____ Expl. «Kern- und Steinobst»

_____ Expl. «Kräuter und Gewürze»

Ich möchte Mitglied/Gönner der Samariter werden.

Ich möchte die Samariter finanziell unterstützen. Bitte senden Sie einen Einzahlungsschein zu.

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:
Berner Samariter, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
Tel. 031 981 34 40, Fax 031 981 41 61, samariter@gmx.ch



Es begann mit einem Umfrage-Ergebnis: Wochen vor der Volksabstimmung vermeldete eine von der SRG in Auftrag gegebene Umfrage nahezu nicht einholbaren Vorsprung der Befürworter des Verhüllungsverbots.

Vor Beginn eines Abstimmungskampfs veranlasste Umfragen liefern oft skurrile Ergebnisse – weil die Befragten die Abstimmungsvorlage noch gar nicht kennen. Gezielte Publikumsauslese und zielbewusst angewandte Befragungstechnik: So können gewünschte Resultate ohne grössere Schwierigkeiten herbeigezaubert werden: Bezüglich «Ja zum Verhüllungsverbot» die Einschläferung bereits siegessicherer Befürworter und die Aufrüttelung mobilisierbarer Gegnerinnen.

Akzent

Einsperrende Befreierinnen

Etwa gleichzeitig löste der Fast-Konkurs der Operation Libero schweizweit Schlagzeilen aus. Kein Organ, das nicht das Crowd Funding (die grossangelegte Geldsammelaktion via elektronische Medien) zugunsten der von finanzieller Auszehrung bedrohten Organisation breit rapportierte – in Wahrheit plakativ propagierte. Oder glaubt angesichts dieser wohlorchestrierten Aktion noch irgend jemand an Zufall?

Der Medieneinsatz zeigte Wirkung. Der Operation Libero wurden mehrere hunderttausend Franken in die Kasse geschwemmt. Was aufwendige Mobilisierung jener feministischen Ideologinnen ermöglichte, denen das Hinausschreien von Schlagwort-Parolen aus demonstrierender Masse offensichtlich leichter fällt als das Nachdenken über eigenes Tun. Sonst lautstark nach Befreiung lechzend, forderten sie im Kartell mit Operation Libero die rigorose Einkerkering all jener Frauen ins kohlrabenschwarze Stoffgefängnis, für deren Gleichberechtigung sich eine Volksinitiative einsetzte, welcher die Linke einen gewissen SVP-Geruch nachsagte...

Des «Experten» Künste

Und dann schlug – am Abstimmungssonntag – die Stunde der Hochrechner. Zu Beginn auf Teilresultate vor allem aus ländlichen Regionen angewiesen, aber verbissen auf das Zuschlagen des linken Kartells in den Städten zählend, wurde zuerst knappstmöglicher Abstimmungsausgang vorgesagt, die Hoffnung auf die «ganz grosse Überraschung» sichtlich warm behaltend.

Doch des Experten Hoffnung erfüllte sich nicht. Er hatte sich verrechnet – blind darauf zählend, das Welschland werde sich «wie immer» geschlossen ins linksfeministische Lager einordnen. Doch von Röstigraben keine Spur!

Wie der TV-Hochrechner, seine bittere Enttäuschung notdürftig tarnend, buchstäblich in Sekundenschnelle festlegte, wie die Öffentlichkeit den von ihm nicht erwarteten hohen Ja-Stimmen-Anteil des Welschlands

zum Verhüllungsverbot einzuordnen hat: Das verriet hohe Experten-Kompetenz in Sachen Steuerung der Meinungsbildung. Er wusste zu interpretieren, dass die Ja-Stimmenden im Welschland selbstverständlich nicht den Initianten, nicht dem Verhüllungsverbot zugestimmt hätten. Sie hätten lediglich den in der Westschweiz grassierenden Überdruss gegenüber verummten Schlägern zum Ausdruck gebracht, die im Anschluss an Fussballspiele und andere Veranstaltungen allzu oft ihr gewalttätiges Unwesen ausleben würden.

Welch interessante Interpretation! Interessant vor allem deshalb, weil vor der Abstimmung restlos alle «Experten» in sämtlichen Eintopf-Medien wochenlang «übersehen» hatten, dass Bundesrätin Karin Keller-Sutters Gegenvorschlags-Versuch zur Verhüllungsverbots-Initiative jegliche Erwähnung von kriminell motivierter Gesichtsverhüllung – die im jetzt angenommenen Verhüllungsverbot ausdrücklich untersagt wird – wohlüberlegt ausgespart hatte. Das, was der Bundesrat der Diskussion rigoros zu entziehen versucht hatte, soll jetzt im Welschland den Ausschlag gegeben haben für die unerwartet breite Zustimmung? Dass Verhinderung von gewalttätigem Vandalismus ein wichtiges, deshalb von der Initiative auch vollumfänglich aufgenommenes Anliegen ist, sei keineswegs bestritten. Aber will uns der «Experte» tatsächlich weismachen, das Welschland nehme von der gewalttätigen Durchsetzung des Scharia-Rechts in allzu vielen Vororten französischer Grossstädte, vielfältig sichtbar auch in dort durchgesetzter Ganzkörperverhüllung, überhaupt keine Notiz?

Umsetzung: Fakultativ?

Und wie verhält sich jetzt der Bundesrat zum linken Meinungsbeherrschungskartell einerseits, zu dem Tatsache gewordenen Verhüllungsverbot andererseits? Am Zug ist Karin Keller-Sutter, als Justizministerin

Das Kartell



Elvis Presley

für die Umsetzung des Verhüllungsverbots verantwortlich. Sie, so eitel wie machtbewusst, gibt sich beleidigt. Und schwadroniert daher, es sei überhaupt nicht klar, wer das Abstimmungsresultat jetzt umzusetzen habe.

Dass der Souverän der Schweiz, die Gesamtheit ihrer Stimmberechtigten, in eidgenössischer Abstimmung der Regierung des Landes einen eindeutigen Auftrag erteilt hat, davon scheint KKS plötzlich nichts mehr wissen zu wollen. Und greift zurück auf ihren Gegenvorschlag, der mit dem Ja von Volk und Ständen zur Verhüllungsverbots-Initiative schlicht gegenstandslos geworden ist. Dieser (nicht angenommene!) Gegenvorschlag wollte die Durchsetzung des Verhüllungsverbots den Kantonen übertragen (so dass Niqab-tragende arabische Touristinnen an für sie nicht erkennbaren Kantonsgrenzen laufend Umkleide-Übungen hätten vornehmen müssen). Zwecks Unterlaufens des mit der Initiative angenommenen Verfassungsauftrags kreuzt die Bundesrätin jetzt mit der aus allen Traktanden gefallenen Idee auf, die Umsetzungsverantwortung auf die Kantone abzuschieben – als gälte Demokratie für täubelnde Bundesrätinnen nicht.



**Das Büro Ha
deckt auf!**



Hätte das Abstimmungsdebakel vom 7. März ein SVP-Bundesrat zu verantworten, so wären die Schlagzeilen mit Rücktrittsforderungen grösser als die Zeitung gewesen. Aber KKS (Karin Keller-Sutter) nimmt es bekanntlich «sportlich». Oder einfacher: Es ist ihr egal. Schluss mit Worthülsen!

Tis Hagmann

Bloss verletzte Eitelkeit? Bloss lächerliche Marotte einer Machtsüchtigen? Wohl nicht ganz! Bundesrätin Karin Keller-Sutters Annäherung ans linke Kartell verrät Kalkül, bringt der Niedergang des Freisinns doch Bundesratspfründen ins Wanken. Nach links schielende Absicherung der eigenen Position scheint ratsam. Darin wurzelt Karin Keller-Sutters Anlehnung ans linke Kartell – gleichgültig, was Bürgerinnen und Bürger des Landes dem Bundesrat am 7. März aufgetragen haben.

us

Herr Berset: Wo bleibt der Impfstoff?



Kürzlich hat die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli an einer Medienkonferenz mit Bundesrat Alain Berset und Regierungspräsidentin Silvia Steiner unmissverständlich darauf hingewiesen, dass im Kanton Zürich die ganze Infrastruktur bereit sei, um die Corona-Impfungen rasch und umfassend voranzutreiben. Aber das nütze wenig, weil der nötige Impfstoff immer noch nicht vorhanden sei. Der bevölkerungsreichste Kanton Zürich werde bei der Zuteilung benachteiligt. Bundesrat Berset, den sie direkt angesprochen hat, blieb ihr eine Antwort auf diese zentrale Frage schuldig.

In den meisten Print- und sozialen Medien und auf fast allen Fernsehkanälen dasselbe Bild. Statt die entscheidenden Fragen: «Warum ist in der Schweiz und vor allem im Kanton Zürich der nötige Impfstoff immer noch nicht vorhanden? Was tut der verantwortliche Gesundheitsminister, um diesen Missstand endlich zu beheben?» werden zum Teil Nebenschauplätze zelebriert: Promis werden als Vorbilder beim Impfen vorgeführt – obwohl der nötige Impfstoff für die breite Bevölkerung gar nicht vorhanden ist. Man redet vom Sinn oder Unsinn von Massentests, von der Impfpflicht für bestimmte Berufe, und man diskutiert, ob es zulässig sei, geimpfte Personen bei Restaurantbesuchen oder beim Reisen zu bevorzugen.

Offensichtlich will man von der Kernfrage des fehlenden Impfstoffes ablenken und die Verantwortlich-

keiten vertuschen. Gleichzeitig werden ganze Wirtschaftsbereiche, insbesondere die Gastrobetriebe, weiterhin ohne plausible Begründung lahmgelegt und zum Teil in den Ruin getrieben.

Nun hat der Gesundheitsminister endlich drei Millionen Impfdosen in Aussicht gestellt – davon wird die erste Million aber erst im Lauf der Monate April, Mai und Juni greifbar sein – das heisst: Viel zu wenig Dosen viel zu spät! **Unglaublich und geradezu skandalös ist in diesem Zusammenhang, dass die Lonza dem Bundesrat offenbar schon lange eine Produktionslinie für einen Impfstoff angeboten hat, was dieser aber ablehnte.**

Es ist nun höchste Zeit, dass der Gesundheitsminister die Anliegen der Kantone ernst nimmt und alles daran setzt, dass rasch genügend Impfstoff beschafft und auf die Kantone verteilt wird. Auch dem Kanton Zürich muss endlich ein angemessener Teil des bereits vorhandenen und des künftigen Impfstoffes zur Verfügung gestellt werden, damit das erwähnte Defizit ausgeglichen wird. In unserem Kanton konnte bis jetzt nur die Hälfte der ersten Gruppe (über 75-Jährige, besonders vulnerable Personen sowie Pflegepersonal) geimpft werden, während in andern Kantonen, zum Beispiel im Aargau und im Thurgau, auch jüngere Leute ihren Impftermin bereits bekommen haben.

Ich danke Frau Regierungsrätin Rickli für ihren grossen Einsatz und unterstütze ihre Bestrebungen, die Impfungen voranzutreiben und die Pandemie in den Griff zu bekommen.

Nina Fehr Düsel, Dr. iur., Kantonsrätin, Küssnacht ZH

brother
at your side

Nichtstun zahlt sich aus – mit MPS.

Mit dem **Managed Print Service** kümmern wir uns um Ihren Drucker. Jetzt **MPS abschliessen, CHF 150.– Prämie erhalten** und Kosten und Zeit sparen.*

JETZT
MPS
PRÄMIE
SICHERN

brother.ch/mps

Aktionszeitraum: 01.02. bis 30.04.2021.
Einlösbar innert 30 Tagen ab Kaufdatum.
Alle Beträge sind in Schweizer Franken (CHF) angegeben.

* Teilnehmbedingungen unter
brother.ch/mps

150 CHF
MPS-PRÄMIE



150 CHF
MPS-PRÄMIE



SO EINFACH GEHT'S



Abschliessen

Gewünschtes Brother Business-Gerät kaufen und **MPS-Vertrag** abschliessen.



Einlösen

MPS-Prämie einfordern unter brother.ch/mps. Einlösbar innert 30 Tagen ab Kaufdatum.



Einsparen

Wenige Tage später überweist Brother Ihnen die **MPS-Prämie** mittels Banküberweisung.

Übrigens, die Managed Print Services können für jedes **Brother Business-Gerät** abgeschlossen werden.

Kopierer, Telefax, Drucker
EDV + Bürogeräte
Zubehör + Supplies

www.ocotex.ch

OCoTex AG
Schöngrund 33
6343 Rotkreuz

Tel. 041 799 5000
Fax: 041 799 5005
e-mail: info@ocotex.ch

Alles, was Sie
im Büro brauchen
und verbrauchen

OCoTex
Office Communication Text Management

Wenn Sie Ihren Brother bei OCoTex kaufen, erhalten Sie zusätzlich GRATIS:

1. Volle fünf Jahre Vor-Ort-Garantie
2. fixe Preise, daher weniger Kosten (ab 0,8 Rp. mono, 6,986 Rp. farbig)
3. vollautomatisierte Lieferung Toner, Trommeln, Belt, usw. (Drucker bestellt selbst)
4. Bei Bedarf ruft Ihr Gerät automatisch einen Service-Techniker
5. Keine Minimalgebühr. Wenn Sie z.B. nur 100 Mono-Kopien machen, kostet Sie das 80 Rp.
6. keine überzähligen Toner bei Druckerwechsel
7. verbrauchte Toner können portofrei retourniert werden
8. Gratis Hotline
9. Kopierpapier für Fr. 3.90 pro 500 Blatt



Wir vergleichen gratis die Folgekosten mit Ihrem aktuellen Drucker.

Sie werden staunen.
Meistens ist die Differenz vierstellig!

Was kosten 50'000 Farbkopien?

Grundlage empfohlene VP, exkl. MWSt.

Kostenvergleich mit 3 aktuellen Geräten

bei älteren Geräten Unterschied oft grösser

VERGLEICH MODELL 3550 VON B

Artikel	Seiten	Anzahl	Preis	Total
Toner schwarz*	3'000	16.67	110.05	1834.17
Toner cyan	2'300	21.74	123.95	2694.57
Toner magenta	2'300	21.74	123.95	2694.57
Toner yellow	2'300	21.74	123.95	2694.57
Trommel*	18'000	2.78	139.30	386.94
Belt*	50'000	1.00	125.80	125.80
Resttoner*	50'000	1.00	24.50	24.50
Heizung*	100'000	0.50	94.00	47.00
50000 Farbdrucke kosten				10502.11
mit MPS MFC-L9577CDW				3492.00
Ersparnis mit MPS				7010.11

VERGLEICH MODELL 477 VON H

Artikel	Seiten	Anzahl	Preis	Total
Toner schwarz*	6'500	7.69	187.00	1438.46
Toner cyan	5'000	10.00	250.15	2501.50
Toner magenta	5'000	10.00	250.15	2501.50
Toner yellow	5'000	10.00	250.15	2501.50
50000 Farbdrucke kosten				6441.46
mit MPS MFC-L9577CDW				3492.00
Ersparnis mit MPS				2949.46

VERGLEICH MODELL 573 VON O

Artikel	Seiten	Anzahl	Preis	Total
Toner schwarz*	7'000	7.14	111.40	795.71
Toner cyan	6'000	8.33	213.40	1778.33
Toner magenta	6'000	8.33	213.40	1778.33
Toner yellow	6'000	8.33	213.40	1778.33
4 Trommeln	30'000	1.67	182.80	304.67
Belt*	60'000	0.83	75.20	62.67
Heizung*	100'000	0.50	75.20	37.60
50000 Farbdrucke kosten				6535.65
mit MPS MFC-L9577CDW				3492.00
Ersparnis mit MPS				3043.65

Kopierer, Telefax, Drucker
EDV + Bürogeräte
Zubehör + Supplies

OCoTex AG
Schöngrund 33
6343 Rotkreuz

Tel. 041 799 5000
Fax: 041 799 5005
e-mail: info@ocotex.ch

Alles, was Sie
im Büro brauchen
und verbrauchen

OCoTex
Office Communication Text Management

www.ocotex.ch

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 11)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Um ein Gegengewicht zum Integrationsbüro zu schaffen, das den Uno- und EU-Beitritt mit Millionen von Steuergeldern vorantreibt, fordere ich am 8. Oktober 1999 mit einer Motion die **Schaffung eines Souveränitätsbüros**. Konkret wird der Bundesrat beauftragt, die finanziellen Aufwendungen für das Integrationsbüro zu halbieren und den gleichen Betrag einem zu schaffenden Souveränitätsbüro zukommen zu lassen – oder Institutionen, die sich für die Souveränität und die Unabhängigkeit unseres Landes einsetzen.

Zwar wird im Bundeshaus gebetsmühlenartig beteuert, das Integrationsbüro diene lediglich der «unparteiischen Koordination, Beratung und Information in integrationspolitischen und -rechtlichen Belangen». Tatsächlich wird aber von dieser Dienststelle mit rund 30 Mitarbeitern, die seit 1961 besteht, eine einseitige Integrationspolitik forciert: 1992 hat das Integrationsbüro massiv in die EWR-Abstimmung eingegriffen und 1996 in die Abstimmung für zusätzliche Staatssekretäre. Ebenso war der «Integrationsbericht 1999» des Bundesrates ein eigentlicher Propagandabericht für den EU-Beitritt.

In seiner «Antwort» auf die Motion betont der Bundesrat mit salbungsvollen Worten, das Integrationsbüro sei «für die durch den Bundesrat zu besorgende Interessenwahrung unseres Landes im Verhältnis zur EU unerlässlich». Wie alle andern Amtsstellen des Bundes sei es an den verfassungsmässigen Auftrag des Bundesrates gebunden, die Unabhängigkeit der Schweiz zu wahren. Für ein Souveränitätsbüro bestehe daher keine Notwendigkeit.

Nach der Behandlung im Nationalrat wird der Vorstoss am 14. Dezember 2000 abgelehnt bzw. beerdigt. Beerdigt wird damit in Bundesbern auch der Wille, die souveräne Schweiz wenigstens in diesem Bereich zu stärken. Und es folgt 2002 der Beitritt zu politischen Uno und 2005 zum Schengener Unsicherheitsabkommen. Vor allem bei Letzterem wird seitens des Integrationsbüros eine nie dagewesene Kampagne (notabene mit unseren Steuergeldern) geführt.

*

Weil die Situation auch im Asylbereich einmal mehr eskaliert, reiche ich am 8. Dezember 1999 eine Dringliche Anfrage ein mit dem Titel «**Verbindliches Rückführungskonzept für Kosovo-Albaner**». Meine Begründung: Von den rund 65'000 in der Schweiz aufgenommenen Kriegsflüchtlingen aus dem Kosovo

sind erst knapp 12'000 wieder in ihre Heimat zurückgekehrt – obwohl im Kosovo seit vielen Monaten kein Krieg mehr herrscht und aus andern Ländern Hunderttausende kosovarischer Kriegsflüchtlinge längst wieder heimgekehrt sind. Zudem zahlt die Schweiz an die Kosovaren eine weit überdurchschnittliche Rückkehrhilfe von bis zu 5'000 Franken pro Person (gegenüber den 350 Franken, die beispielsweise Deutschland und Österreich gewähren).

Meine zentralen Fragen an den Bundesrat lauten: 1. Wann liegt ein verbindliches Konzept aus dem Justizdepartement von Arnold Koller vor, welches sicherstellt, dass die Wegweisung nicht ausreisewilliger Kosovaren bis Ende Mai 2000 tatsächlich vollzogen wird? 2. Bundesrat Koller hat bei der Revision des Asylgesetzes erklärt, dass eine kollektive Aufnahme (ohne Einzelprüfung) vorübergehend Schutzbedürftiger auch kollektiv wieder beendet werde, sobald es die Situation im Herkunftsland erlaube. Wird er diese Zusicherung auch im Fall der Kosovo-Albaner konsequent erfüllen?

«Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 5. März 2021 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

<<ICH BIN STOLZ DARAUF, DASS WIR EIN RECHTSSTAAT SIND. ... ZUDEM GIBT ES NOCH VIELE ANDERE MENSCHEN IM LAND, DIE VIELLEICHT GEFÄHRLICH SIND.>> UND WEITER: IN DER SCHWEIZ EREIGNETEN SICH IMMER WIEDER TÖTUNGSDELIKTE. BESONDERS FRAUEN WÜRDEN IMMER WIEDER OPFER HÄUSLICHER GEWALT.

Diese Aussage stammt von:

- A Cédric Wermuth, Nationalrat SP
- B Andreas Glarner, Nationalrat SVP
- C Irène Kälin, Nationalrätin Grüne
- D Beat Flach, Nationalrat Grünliberale

Die richtige Lösung lautet:

- D Beat Flach, Nationalrat Grünliberale

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Die Antwort – Sie ahnen es schon – ist ausweichend bis unverbindlich. Schlussendlich sind weniger als die Hälfte (der ursprünglich 65'000 Kosovo-Albaner) in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie sind unter dem Titel «vorläufige Aufnahme, Härtefall, Heirat» und dergleichen hier geblieben. (Und viele haben uns in der Folge – vornehm ausgedrückt – allerhand Probleme gemacht).

*

Am 13. Dezember 1999 stellt Bundespräsidentin Ruth Dreifuss die **bundesrätlichen Ziele für das Jahr 2000** vor. Die beiden wichtigsten lauten:

- **Vorbereitung des Uno-Beitritts:** Die «institutionellen Mitwirkungsdefizite» der schweizerischen Aussenpolitik sollen behoben werden. Zu diesem Zweck will die Regierung ein «Informationskonzept» verabschieden, um eine «substantielle Grundlage für eine nuancierte Beitrittsdebatte in der Bevölkerung» zu schaffen. Auf gut Deutsch: Es wird in der Folge eine massive Propagandawalze losgetreten.



- **Solidaritätsstiftung realisieren:** Nachdem der damalige Bundespräsident **Arnold Koller** am 5. März 1997 in einer Rede vor der Bundesversammlung (zum 150-jährigen Bestehen des Bundesstaates Schweiz) die Idee zur Schaffung einer «Schweizerischen Stiftung für Solidarität» angekündigt hat,

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 70.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

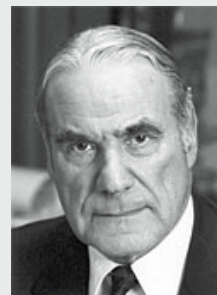
Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Werner H. Spross (1925–2004), der legendäre «Gärtner der Nation», der morgens um vier Uhr bereits seine Runden im Schwimmbassin zog und zu sagen pflegte: «Wännt emol die erscht Million gschaftt häsch, lauft's nachher vo sälber», hat hin und wieder «massgebliche» Leute wie Bundesrat Arnold Koller auf seine Jacht eingeladen. Nachher hat er dann im kleinen Kreis verlauten lassen, er habe dem «Noldi» wieder «das und jenes auf den Weg mitgegeben» – bzw. ihm (auf gut Deutsch) gesagt, was er zu tun habe. Die Solidaritätsstiftung war aber offensichtlich kein Thema.



will der Bundesrat dieses Vorhaben im Jahr 2000 vorantreiben. Finanzieren will er die Stiftung aus den Erträgen der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank. Die «Versilberung» von 1'300 Tonnen Gold soll jährlich rund 700 Millionen Franken abwerfen. Damit will der Bundesrat «Menschen in Not im In- und Ausland helfen und Armut und Gewalt bekämpfen». Doch der Bundesrat selbst verbindet die Stiftungsidee mit dem umstrittenen Thema der nachrichtenlosen Vermögen, dem Goldhandel, den Holocaust-Opfern und der behaupteten Mitverantwortung der offiziellen Schweiz. Damit gibt er dem Erpressungsdruck nach, der gegen die Schweiz aufgebaut worden ist, um uns zu Entschädigungszahlungen zu zwingen.

Die Haltung der Auns (und der SVP) ist eindeutig: Eine Stiftung, die international sofort als Schuldeingeständnis unseres Landes interpretiert würde, lehnen wir ab. Wir lancieren schliesslich die «Goldinitiative» mit dem Ziel, die Erträge der überschüssigen Goldreserven müssten, wenn schon, der AHV zukommen. Bei der Abstimmung am 22. September 2002 werden beide Vorlagen abgelehnt. Damit ist immerhin unser Hauptziel, die Verhinderung der verfehlten Solidaritäts-Stiftung, erreicht.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Hoodie, Tshirt, Aufkleber usw.

Mir fehlt der Arm, wenn mir die Waffe fehlt!
Wilhelm Tell - Guillelmo Tell - Guglielmo Tell

www.patriot.shop

Postfach 71, 8192 Glattfelden

PATRIOT.SHOP

Büchertisch

BESTSELLER



Corona – Fehllarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Inzwischen wurde gar seine Website zum Verschwenden gebracht. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.70



Der Staat an seinen Grenzen

Über die Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

Thilo Sarrazin

Thilo Sarrazin – im wahrsten Sinn des Wortes unbestechlicher Beobachter des Zeitgeschehens – legt ein neues Buch vor. Es befasst sich mit der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderung, vor der Europa steht: Der Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost. Es kommen – im Gegensatz zu früheren Einwanderungen – nicht Leistungsträger. Es kommen Migranten, die Gratis-Existenz suchen. In derart grosser Zahl, dass sie Europa nichts weniger als den Untergang des Abendlands bereiten können. Ein Buch, dem im Interesse europäischer Errungenschaften grösste Verbreitung zu wünschen ist.

LMV, München 2020, 480 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.40



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch muss für die Schweiz Wegweiser sein in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Kappeler zeigt eindrücklich, wie der von den Machteliten erzwungene Zentralismus, gipfelnd in der laufend auswuchernden EU-Bürokratie, Europa in den Abgrund treibt. Kappeler beschreibt überzeugend, wie der Zentralismus – also die unternehmerische Initiative behindernde Gleichschaltung – die Wirtschaft Europas in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost. Ein aufrüttelndes Plädoyer gegen Bürokratismus.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 30.60

AKTUELL



Durch Corona in die neue Weltordnung

Peter Orzechowski

Es ist keineswegs jeder ein Weltverschwörer, der wie Peter Orzechowski feststellt, dass in der Krise mit umfassenden Kompetenzen ausgerüstete Funktionäre soviel Freude am Regieren und Befehlen gefunden haben, dass sie ihre Herrschaftsgewalt nicht mehr zurückgeben wollen. Daraus erwächst der freiheitlichen Demokratie ernste Bedrohung. Nicht Zufälle regieren. Die Sondervollmachten geben vielmehr Kräften Auftrieb, die via Wirtschafts-Stilllegung eine grundlegende Veränderung der politischen Ordnung anstreben.

Kopp Rottenburg 2021, 221 S., geb., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 26.–



Rechtsstaat am Ende

Ein Oberstaatsanwalt schlägt Alarm

Ralph Knispel

Auch der Schweizer Rechtsstaat gerät aus dem Gleichgewicht: Akribische Verfolgung angeblicher «Corona-Sünder» einerseits, pfleglichste Behandlung von Krawallanten, von Antifa-Aktivisten und gewalttätigen Demonstranten andererseits. Ein deutscher Oberstaatsanwalt schlägt jetzt Alarm. Seine Diagnose zum zerfallenden Rechtsstaat in Deutschland, dessen Classe politique zunehmend Gesinnungsverfolgung betreibt, greift auch auf die Schweiz über. Rot-Grün unterminiert die Rechtsordnung.

Ullstein, Berlin 2021, 238 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 29.25



Weltoktober

Wer plant die sozialistische Weltregierung?

Torsten Mann

Je länger die Leistungsträger staatlich verordnetem, mit Corona begründetem Stillstand unterliegen, desto grösser wird die Gefahr grundlegender Umwälzung der Marktwirtschaft in ein obrigkeitsgelenktes, sozialistisches System. Torsten Mann sieht dahinter eine wohldurchdachte, langfristige, freiheitstötende Strategie – eine weltumfassende Oktoberrevolution. Deren Beschreibung – von der Funktionsbürokratie scharf angegriffen – beeindruckt, selbst wenn man nicht alle Schlussfolgerungen Torsten Manns teilt. Das Buch ist ein unverzichtbarer Diskussionsbeitrag.

Torsten Mann-Verlag, Aalen 2015, 282 S., geb.,
Richtpreis Fr. 29.90

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

**Das Schloss****Franz Kafka**

Kafka macht es dem Leser seiner Werke, dem Zuhörer seiner Romane gewiss nicht leicht. Aber kein anderer Schriftsteller vermag die Lähmung der von undurchdringlicher Bürokratie gegängelten Menschheit eindringlicher

zu schildern als Franz Kafka.

Ein Landvermesser versucht dort, wo er am Werk ist, in ein mysteriöses Schloss zu gelangen. Das wird ihm im Prinzip zwar nicht verwehrt. Aber immer neue, immer weniger durchschaubare bürokratische Forderungen bewirken, dass er sich vom Ziel des Eintritts-begehrens immer weiter entfernt. Er verstrickt sich in unentrinnbare Forderungen einer monumentalen, jedes Ziel aus den Augen vertreibenden Organisation, deren unnahbar korrekte, aber nie zufriedenzustellende Exponenten den Gesuchsteller schliesslich in totale Ohnmacht treiben. Selten ist tödliche Bürokratie eindringlicher präsentiert worden. Ein grosses Werk der Weltliteratur, das nichts, aber auch gar nichts an Aktualität eingebüsst hat – im Gegenteil!

Argon/Parlando, Berlin 2019, 2 MP3-CDs, Hördauer 560 Min.
(Richtpreis Fr. 38.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 35.–

Hörbücher: Gehaltvolle Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN

Amerika*Die politische Idee***Simon Geissbühler**

Der Autor dient der Schweiz seit 2000 als Diplomat. Er vertrat unser Land schon in Mexiko, in Rumänien, in Polen und in den USA.

Er hat sich mit den Vereinigten Staaten, wo er auch einen Teil seines Studiums absolviert hat, intensiv befasst und liefert zu dieser Weltmacht, der zurzeit alle Journalisten tiefste Spaltung attestieren, eine interessante, wohlabgewogene, von umfassender Kenntnis zeugende Charakterisierung.

Wer die politischen Zusammenhänge von heute verstehen, durchschauen, allenfalls gar kompetent kommentieren will, kommt an dieser Studie der «Idee Amerika» nicht vorbei.

Die «Idee Amerika» ist nicht tot. Sie verändert sich, erweist sich aber weiterhin als existenztauglich. Geissbühler idealisiert die USA keineswegs. Aber er versucht überzeugend, die Ursachen amerikanischer Lebenskraft zu erkunden.

us

Simon Geissbühler: «Amerika – Die politische Idee» Stämpfli, Bern 2021, 229 S., geb., (Richtpreis Fr. 49.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 44.10

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm **à Fr. 19.70**
 Thilo Sarrazin – Der Staat an seinen Grenzen **à Fr. 31.40**
 Beat Kappeler – Der Superstaat **à Fr. 30.60**

Hörbuch

- Franz Kafka – Das Schloss **à Fr. 35.–**

Buchzeichen

- Simon Geissbühler – Amerika **à Fr. 44.10**

Aktuell

- Peter Orzechowski – Durch Corona in die ... **à Fr. 26.–**
 Ralph Knispel – Rechtsstaat am Ende **à Fr. 29.25**
 Torsten Mann – Weltoktober **à Fr. 29.90**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(06/19.03.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 19. März 2021

Magazin

Die Schweiz – die USA – die Welt

Ulrich Schlüer im Gespräch mit
Stephan Rietiker, Arzt und Unternehmer

Freitag, 26. März 2021

Stammtisch-Live

CO₂-Gesetz: Todesurteil für tausende KMU-Betriebe

Ulrich Schlüer diskutiert mit Vanessa Meury, Präsidentin JSVP Solothurn und Präsidentin Energie Club Schweiz, Oliver Martin, Kantonsrat und Unternehmer, und Christian Imark, Nationalrat

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

1. April 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFIGHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleitt,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Ulrich Schlüer: Vater des Erfolgs

Seit der Volksabstimmung vom 7. März 2021 ist es amtlich: Dem kleinen Egerkinger Komitee ist es mit der eidgenössischen Volksinitiative für ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum erneut gelungen, eine Mehrheit von Volk und Ständen zu überzeugen. Dieser Sieg ist umso bemerkenswerter, als dass er das Resultat mehrere Jahre andauernder, beeindruckender Kraftakte weniger Persönlichkeiten war.

Die Schlüsselfigur für den Erfolg der Initiative war von Beginn an der ehemalige Nationalrat und «Schweizerzeit»-Verleger Dr. Ulrich Schlüer. Hätte ich ihn vor dem Verfassen dieses Artikels für diese Erwähnung um Erlaubnis gebeten – er hätte mir bestimmt entschieden davon abgeraten, seine Rolle hervorzuheben. Zu bescheiden ist er, für zu selbstverständlich hält er sein unglaubliches Engagement, das er seit Jahrzehnten für unsere Schweiz leistet. Gerade darum muss es umso deutlicher gesagt werden: Ohne Ulrich Schlüer wären weder die Minarettverbots-Initiative noch die signalstarke Volksabstimmung über das Verhüllungsverbot je möglich gewesen.

Dr. Schlüer war seit 2015 in federführender Rolle verantwortlich für die Formulierung des Initiativtextes, den Aufbau der Unterstützer-Netzwerke, die Kommunikations-Strategie und das Argumentarium. Er stellt dem Egerkinger Komitee während der

ganzen Unterschriftensammlung die Ressourcen seines «Schweizerzeit»-Verlags zur Verfügung, ohne die das Stemma einer eidgenössischen Volksinitiative undenkbar gewesen wäre. Als es in der Sammelphase Probleme gab, fackelte Ulrich Schlüer nicht lange, um die nötigen Anstrengungen zur Gewinnung von Unterschriften einzuleiten.

Ein Scheitern kommt für Ulrich Schlüer nie in Frage. Sein strategisches Gespür und sein Netzwerk sicherten schon unzähligen rechtsbürgerlichen Projekten den Erfolg. Sein unbedingter Siegeswille und sein stets die Sache ins Zentrum rückender Pragmatismus rissen die ganze Truppe mit und bildeten von Anfang die Grundlage des Erfolgs des Egerkinger Komitees.

Auch nachdem Ulrich Schlüer die Geschäftsführung des Egerkinger Komitees mir übertragen hatte, blieb er Mitglied des Vorstands und beteiligte sich aktiv am Geschehen. Auf ihn ist immer Verlass: Sein diszipliniertes und von Idealismus getriebenes Wirken ist beispielhaft in der Schweizer Politik. Das Egerkinger Komitee und mit ihm abertausende Bürgerinnen und Bürger sind Ulrich Schlüer zu grossem Dank verpflichtet. Wir freuen uns auf eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit!

Anian Liebrand